S 16 RA 147/99

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 13
Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 16 RA 147/99 Datum 07.02.2002

2. Instanz

Aktenzeichen L 13 RA 117/02 Datum 26.05.2004

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Kl \tilde{A} ¤gers gegen das Urteil des Sozialgerichts N \tilde{A} ½rnberg vom 7. Februar 2002 wird zur \tilde{A} ½ckgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten um die GewĤhrung einer Rente wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit.

Der 1946 geborene KlĤger erlernte von 1961 bis 1964 den Beruf eines Einzelhandelskaufmanns und war zuletzt vom 03.03.1980 bis 12.02.1997 als Verpflegungssachbearbeiter/Sachbearbeiter in der Verwaltung der Gemeinschaftsunterkļnfte bei einer Bezirksregierung in Vergľtungsgruppe VI b Fallgruppe la BAT beschĤftigt. Ab 28.11.1996 war er aufgrund der Folgen eines Verkehrsunfalls arbeitsunfĤhig und erhielt ab 13.02.1997 Verletztengeld nach einer MdE von 30 von 100 (Monatsbetrag im Jahre 1998 von 931,19 DM) sowie Arbeitslosengeld bis zum 18.02.2003 Sein ArbeitsverhĤltnis ist durch fristlose Kþndigung beendet worden.

Den am 28.07.1998 gestellten Rentenantrag des Klägers lehnte die Beklagte gestützt auf ein Gutachten des Orthopäden Dr. S. vom 22.10.1998 mit Bescheid vom 11.11.1998 ab. Denn der Kläger könne trotz leichter Restbeschwerden nach operiertem Oberschenkeltrümmerbruch links im bisherigen Berufsbereich weiterhin vollschichtig tätig sein. AuÃ□erdem bestehe ein vollschichtiges Leistungsvermögen für Tätigkeiten des allgemeinen Arbeitsfeldes. Den Widerspruch des Klägers wies die Beklagte nach Beiziehung der ärztlichen Unterlagen der Bayerischen Landesunfallkasse, einschlieÃ□lich eines Gutachtens der Unfallklinik M. vom 28.09.1998, nach Wþrdigung durch den ärztlichen Dienst mit Widerspruchsbescheid vom 04.03.1999 zurþck.

Hiergegen hat der KlĤger am 25.03.1999 Klage zum Sozialgericht NÃ⅓rnberg (SG) erhoben, welches nach Beiziehung der Schwerbehindertenakte des Amtes fÃ⅓r Versorgung und Familienförderung NÃ⅓rnberg, der Prozessakten des Sozialgerichts NÃ⅓rnberg mit den Az.: S 11 SB 648/98 (u.a. Gutachten Dr. L. vom 21.01.1999) und Az.: S 6 U 56/99 (u.a. Gutachten Prof. Dr. L. 26.07.1999 und des Chirurgen Dipl.-Med. W. vom 06.09.1999) sowie einer Auskunft des letzten Arbeitgebers am 10.02.2000 ein Gutachten des Orthopäden Dr. M. eingeholt hat. Danach könne der Kläger noch vollschichtig leichte Arbeiten vorzugsweise im Sitzen und in gelegentlich wechselnder Körperhaltung verrichten. Zu vermeiden seien Arbeiten auf Leitern und GerÃ⅓sten, Ã⅓berwiegendes Stehen und Heben, Bewegen und Tragen schwerer Lasten. AnschlieÃ□end hat auf Antrag des Klägers Dipl.-Med. W. am 15.05. 2000, ein im Ergebnis gleich lautendes Gutachten erstattet. Insbesondere sei dem Kläger eine Tätigkeit als Sachbearbeiter zumutbar.

Auf EinwĤnde des KlĤgers unter Vorlage eines Gutachtens von Dr. Z. vom 19.02.2000 aus dem Zivilprozess gegen seine private Krankenkasse insbesondere der Behauptung, nur an zwei Unterarmgehstützen gehen zu können, hat das SG von dem Internisten und Sozialmediziner Dr. G. am 20.01.2001 ein Gutachten eingeholt. Dieser weist in seinem Gutachten auf eine auffallende Differenz zwischen den angegebenen subjektiven Beschwerden und den tatsĤchlich objektivierbaren Befunden hin. Auch zeige eine gute Bemuskelung des linken Beines bei fehlenden Umfangsdifferenzen und die seitengleiche Fu̸sohlenbeschwielung auf eine gute TÃxtigkeiten vorzugsweise in wechselnder Körperhaltung verrichten. Zu vermeiden seien besondere nervliche Belastung, unfallgefĤhrdete ArbeitsplĤtze, besondere Belastung des Bewegungs- und Stýtzapparates (u.a. ýberwiegendes Stehen und Gehen) und Einwirkung von KAxIte und NAxsse. Die WegefAxhigkeit sei gegeben. Eine TÄxtigkeit als Sachbearbeiter sei gesundheitlich zumutbar. Auf Antrag des Klägers hat dann noch der Internist Dr. H. ein Gutachten vom 11.09.2001 erstattet, wonach ebenfalls eine TAxtigkeit als Sachbearbeiter zumutbar sei.

Durch Urteil vom 07.02.2002 hat das SG die Klage abgewiesen. Der KlĤger sei weder berufs- noch erwerbsunfĤhig. Er kĶnne noch vollschichtig leichte TĤtigkeiten vorzugsweise in wechselnder KĶrperhaltung aber ļberwiegend im Sitzen in geschlossenen RĤumen verrichten. Unter Berļcksichtigung dieses LeistungsvermĶgens sei der KlĤger noch in der Lage, eine TĤtigkeit als

Sachbearbeiter, eingestuft in VergÃ $\frac{1}{4}$ tungsgruppe BAT VI b â $\boxed{}$ entsprechend der von ihm zuletzt versicherungspflichtig ausgeÃ $\frac{1}{4}$ bten BeschÃ \mathbf{x} ftigung â $\boxed{}$ vollschichtig zu verrichten.

Hiergegen hat der Kläger Berufung zum Bayer. Landessozialgericht (LSG) eingelegt, welches am 04.11.2002 ein Gutachten des Orthopäden Dr. Z. mit dem Ergebnis eines vollschichtigen Leistungsvermögens eingeholt hat. Mit dem gleichen Ergebnis hat der Arzt fþr Neurologie und Psychiatrie Dr. M. am 10.02.2003 sein Gutachten erstattet. SchlieÃ□lich hat das LSG auf Antrag des Klägers (§ 109 SGG) ein Gutachten des Arztes fþr Orthopädie Dr. S. vom 12.02.2004 eingeholt, ebenfalls mit dem Beweisergebnis eines vollschichtigen Leistungsvermögens, insbesondere als Sachbearbeiter.

Der KlĤger beantragt,

die Beklagte unter Aufhebung des Urteils des Sozialgerichts Nürnberg vom 07.02.2002 sowie des Bescheides vom 11.11. 1998 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 04.03. 1999 zu verurteilen, auf den Antrag vom 28.07.1998 Rente wegen Erwerbsunfähigkeit, hilfsweise wegen Berufsunfähigkeit, zu gewähren.

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurĽckzuweisen.

Zur Ergänzung des Tatbestandes wird auf den Inhalt der Akten beider Instanzen und der Beklagten, der Schwerbehindertenakten und der Prozessakten mit den Az.: S 11 SB 648/98 und S 6 U 56/99 Bezug genommen.

Entscheidungsgrýnde:

Die ohne Zulassung (\hat{A} § 144 Abs. 1 Satz 2 Sozialgerichtsgesetz \hat{a} SGG -) statthafte Berufung ist form- und fristgerecht eingelegt (\hat{A} § \hat{A} § 143, 151, 153 Abs. 1, 87 Abs. 1 Satz 2 SGG), hat aber in der Sache keinen Erfolg.

In der angefochtenen Entscheidung hat das SG zu Recht den angefochtenen Verwaltungsakt in der Gestalt, den er durch den Widerspruchsbescheid gefunden hat ($\frac{\hat{A}\$ 95 \text{ SGG}}{\hat{A}\$ 95 \text{ SGG}}$) nicht aufgehoben, weil dieser den Anspruch auf Rente wegen verminderter Erwerbsf \tilde{A} ¤higkeit zu Recht abgelehnt hat. Ungeachtet des Vorliegens der allgemeinen Wartezeit und der besonderen pers \tilde{A} ¶nlichen Voraussetzungen f \tilde{A} ½r Renten wegen verminderter Erwerbsf \tilde{A} ¤higkeit (besondere Belegungsdichte nach \tilde{A} § 43 Abs. 1 Nr. 2 SGB VI) \hat{a} insoweit verweist der Senat auf die Gr \tilde{A} ½nde der angefochtenen Entscheidung des SG und die Bescheide der Beklagten und sieht von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgr \tilde{A} ½nde ab (\tilde{A} § \tilde{A} § 153 Abs. 1, 136 Abs. 3 SGG in der Fassung der Vereinfachungsnovelle vom 11.01. 1993, BGBI. I, 50) \hat{a} ist der Kl \tilde{A} ¤ger weder berufs- noch erwerbsunf \tilde{A} ¤hig oder teilweise oder voll erwerbsgemindert.

Berufsunfähig sind nur Versicherte, deren Erwerbsfähigkeit wegen Krankheit oder Behinderung auf weniger als die Hälfte derjenigen von körperlich, geistig und seelisch gesunden Versicherten mit Ĥhnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und FĤhigkeiten herabgesunken ist (§ 43 Abs. 2 Satz 1 SGB VI i. d. F. des Rentenreformgesetzes 1992 â RRG 92, anwendbar gemĤÄ Â§ 300 AbsĤtze 1 und 2 SGB VI, Art 24 Abs. 1 des Gesetzes zur Reform der Renten wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit vom 20.12.2000 â BMRefG â BBB I, S. 1827 infolge des am 28.07.1998 gestellten Antrags). Wegen des für den zumindest ab dem Bezug von Arbeitslosengeld als beschĤftigungslos anzusehenden KlĤger und des für solche Lebenssachverhalte geltenden richterrechtlichen Gewohnheitsrechts zu Arbeitsmarktrenten (Beschluss des GroÄ BSG vom 19.12.1996, GS 2/95, SozR 3-2600 § 44 Nr. 8; früher BSGE 43, 75) genügt schon ein UnvermĶgen zur vollschichtigen Berufsausübung; aber auch daran ist der KlĤger nicht durch den im Gesetz beschriebenen Umstand eines reduzierten Gesundheitszustandes der Krankheit oder Behinderung (§ 43 Abs. 2 Satz 1 SGB VI i. d. F. des EMRefG) gehindert.

Zur Beurteilung des zunächst festzustellenden beruflichen Leistungsvermögens stýtzt sich der Senat auf die Feststellungen sämtlicher Gutachter und Sachverständigen (Dres. S. vom 22.10.1998, M. vom 10.02.2000, W. am 15.05.2000, Dr. G. am 20.01.2001, Dr. H. vom 11.09.2001, Dr. Z. vom 04.11.2002, Dr. M. vom 10.2.2003, Dr. S. vom 12.02.2004). Bei diesem Gesamtergebnis der Beweiserhebung bestehen keine ernsthaften Zweifel daran, dass der Kläger Tätigkeiten einer Verwaltungsfachkraft noch weiterhin ausüben kann und sein Leistungsvermögen nicht unter die rentenrechtlich relevanten Zumutbarkeitsgrenzen eines Erwerbsverlustes von unter acht bzw. sechs Stunden (vgl. §Â§ 43 Abs. 2, 240 SGB VI i. d. F. des EM-RefG) gesunken ist. Seine Wegefähigkeit ist nicht in rechtlich relevantem MaÃ∏e eingeschränkt (vgl. Blatt 14, 15 des Urteils des SG, worauf der Senat gem. § 136 Abs. 3 SGG i. d. F. des Rechtspflegeentlastungsgesetzes vom 11.01.1993 Bezug nimmt).

Praktisch alle Gutachter und SachverstĤndigen bescheinigen dem KlĤger ein vollschichtiges ErwerbsvermĶgen. Hinzu kommt, dass dies durch SachverstĤndige aller relevanten Fachgebiete erfolgt ist. Sowohl OrthopĤden (Dres. S. , M. , Z. und S.) sowie auch Chirurgen (Dipl.-Med. W.) wie Internisten (Dres. G. und H.) als auch der Arzt fĽr Neurologie und Psychiatrie Dr. M. sehen das LeistungsvermĶgen des KlĤgers in zeitlicher Hinsicht nicht als beeintrĤchtigt an. Wegen der Feststellungen der GesundheitsstĶrungen und der dadurch bedingten LeistungseinschrĤnkungen im einzelnen wird auf die zutreffenden Ausfļhrungen des Urteils des SG Bezug genommen (§Â§ 153 Abs. 1, 136 Abs. 3 SGG).Die von den SachverstĤndigen festgestellten qualitativen LeistungseinschrĤnkungen rechtfertigen ebenfalls nicht die Annahme, dass vom KlĤger keine TĤtigkeit mehr zumutbar verrichtet werden kann, die seiner bisherigen VerwaltungstĤtigkeit rechtlich gleichkommt. Insbesondere ist er nicht auf wenige Teilbereiche dieses Berufes eingeschrĤnkt.

Zur Prüfung der subjektiven Zumutbarkeit ist auch für Angestellte der Anknüpfungspunkt für eine Einteilung in Berufsgruppen die für den jeweiligen Beruf erforderliche Ausbildung als generelle â \square wenn auch bei tatsÃ \times chlicher AusÃ \times 4bung des Berufs nicht zwingende â \square Zugangsvoraussetzung (BSGE 55, 45

bis 53; BSGE 49, 54, 56 = SozR 2200 § 1246 Nr. 51 S. 156). Die Gruppen sind nach ihrer LeistungsqualitÃxt, diese gemessen nach Dauer und Umfang der im Regelfall erforderlichen Ausbildung, nicht nach Entlohnung oder Prestige, geordnet. Zur praktischen Ausfļhrung der rechtlichen Vorgaben und zur Vermeidung einer rechtlich nicht zu rechtfertigenden unterschiedlichen Anwendung unter anderem des § 23 Abs. 2 Satz 2 AVG (jetzt <u>§Â§ 43</u> bzw. <u>240 SGB VI</u>) bei Berufen mit gleicher QualitÃxt (SozR 2200 § 1246 Nr. 137) ist das sog Mehrstufenschema entwickelt worden, welches auch eine sachgerechte Gleichbehandlung gleicher Sachverhalte und eine sachgerechte Differenzierung unterschiedlicher Gegebenheiten (gemäÃ∏ Art. 1 Abs. 3 i. V. m. Art. 3 Abs. 1 GG) durch die Rechtsprechung (und die RentenversicherungstrĤger) erleichtern soll. Es haben sich danach im Wesentlichen drei Gruppen â∏∏ bei insgesamt sechs Hauptstufen â ☐ mit den Leitberufen des "unausgebildeten" Angestellten, des Angestellten mit einer Ausbildung bis zu zwei Jahren und des Angestellten mit einer lĤngeren Ausbildung" BSGE 48, 202; 49, 450, 55, 45) herausgebildet. Davon nicht erfasst sind â∏ hier nicht tangiert â∏ diejenigen Angestelltenberufe, für die längere (über die durchschnittlich dreijĤhrige) Ausbildung hinaus, noch zusĤtzlich Zugangsvoraussetzungen, wie etwa die Ablegung einer Meisterprļfung, der erfolgreiche Besuch einer Fachschule oder das abgeschlossene Studium einer Fachhochschule oder wissenschaftlichen Hochschule erforderlich sind.

Hauptberuf des KlĤgers ist derjenige einer Verwaltungsfachkraft, die sich durch praktische Berufserfahrung einen qualifizierten Berufsschutz erworben hat, der durch den seiner Vergütungsgruppe aufgeführten Tätigkeiten in Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe la BAT beschrieben ist. Nach dem Gefüge des Bundesangestelltentarifs ist der KlĤger damit dem Leitberuf des Angestellten mit einer lÄxngeren Ausbildung zuzuordnen, denn diese Gruppe beschreibt Angestellte in Büro-, Buchhalterei-, sonstigem Innendienst und im AuÃ∏endienst, deren Tätigkeit gründliche, umfassende Fachkenntnisse und mindestens zu einem Fünftel selbstständige Leistungen erfordert. Innerhalb dieser Gruppe bietet sich ein breites Arbeitsfeld sozial gleichstehender TÄxtigkeiten, die damit dem KlÄxger nach der Rechtsprechung zum dem geschilderten Stufenschema zumutbar sind. Denn sie befinden sich allesamt noch auf der Stufe der zu mehrjĤhrige Ausbildung erworbenen Berufstätigkeit. Im Ã∏brigen wären auch Tätigkeiten einer niederen Vergütungsgruppe wie zum Beispiel in BAT VII zumutbar. SchlieÃ∏lich kann aber auch auf die letzte TÄxtigkeit des KlÄxgers abgestellt werden. Denn auch diese ist (wie das SG zurecht ausführt (Blatt 15 des Urteils) objektiv zumutbar.

Eine derartige Tätigkeit ist dem KIäger objektiv (von seinem Gesundheitszustand her) zumutbar. Diese hatte er vor allem auch nicht aus gesundheitlichen Grù¼nden verloren. Die Sachbearbeitertätigkeit in der Verwaltung ist vielfältig und beinhaltet daher eine groÃ□e Anzahl von Arbeitsplätzen, bei denen nur leichte Arbeiten vorzugsweise im Sitzen und mit gelegentlich wechselnden Körperhaltung gefordert werden sowie keine Arbeiten auf Leitern und Gerù¼sten, ù¼berwiegend im Stehen und mit Heben oder mit Bewegen und Tragen schwerer Lasten. Es handelt sich hierbei um eine besondere Ausù¼bungsform des Berufs der Verwaltungsfachkraft im öffentlichen Dienst (Bù¼rokaufmann in öffentlichen Verwaltungen, vgl. Berufsprofile der Bundesanstalt fù¼r Arbeit), so dass die

Tätigkeit der Ebene der Lehrberufe im Sinn des Mehrstufenschemas des BSG zuzuordnen ist. Diese Erkenntnis beruht auch auf dem eigenen Wissen des Senats um das Leistungsprofil derartig eingruppierter Tätigkeiten in der Gerichtsverwaltung sowie der Tätigkeitsbeschreibung in den oben erwähnten Berufsprofilen, die Gegenstand der mündlichen Verhandlung vor dem LSG gewesen ist.

Ebenso ist der Kläger, der zur Zeit eine solche Tätigkeit nicht ausübt, auch im Stande, sich in eine neue derartige Tätigkeit einzuarbeiten, ohne dass ihm dies gesundheitlich (objektiv) nicht zumutbar wäre. Nach den Feststellungen des Arztes für Neurologie und Psychiatrie Dr. M. vom 10.2.2003 besitzt der Kläger ein gehöriges Umstellungsvermögen. Nicht gefolgt werden könnte der Ansicht des Klägers, diese Tätigkeit sei ihm aufgrund fehlender Kenntnisse und Fertigkeiten nicht mehr zumutbar, etwa weil er als Quereinsteiger vom erlernten Beruf des Einzelhandelskaufmann herkomme. Denn der angenommene Berufsschutz beruht gerade darauf, dass der Kläger alle Kenntnisse und Fertigkeiten einer Verwaltungfachkraft in Vergþtungsgruppe VI bzw. Vb besitzt.

Mit dem aufgezeichneten vollschichtigen Leistungsvermå¶gen ist der Klå¤ger aber schon von der Definition des Versicherungsfalles her nicht erwerbsunfå¤hig. Denn berufs- oder erwerbsunfå¤hig ist nach dem 2. SGB VI-å∏nderungsgesetz vom 02.05.1996 (BGBI.I S. 659) nicht, wer eine Tå¤tigkeit vollschichtig auså¼ben kann; dabei ist die jeweilige Arbeitsmarktlage nicht zu berå¼cksichtigen (ŧå§ 43 Abs. 2 Satz 4, ŧ 44 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB VI). Diese Rechtslage ist nach ŧ 43 Abs. 3 SGB VI i. d. F. EMRefG beibehalten worden, allerdings mit einer Verschå¤rfung der Anspruchsschwelle von acht auf sechs Stunden. Damit ist der Klå¤ger auch nicht voll (unter sechs Stunden) oder teilweise (unter drei Stunden) erwerbsunfå¤hig (ŧ 43 Abs. 1 Satz 1, Nr. 1 und Satz 2, Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Satz 2 SGB VI i. d. F. des EMRefG). Das gleiche gilt få¾r die teilweise Erwerbsminderung wegen Berufsunfå¤higkeit (ŧ 240 i. d. F. des EMRefG). Denn mit dem bislang festgestellten Leistungsvermå¶gen kann der Klå¤ger erst recht seinem Beruf im Umfang von sechs Stunden nachgehen.

Insgesamt ist deshalb die Berufung zurĽckzuweisen.

Au̸ergerichtliche Kosten sind nichts zu erstatten (<u>§ 193 SGG</u>).

 $Gr\tilde{A}^{1}/_{4}$ nde zur Zulassung der Revision sind nicht ersichtlich (\hat{A} § 160 Abs. 2 Nr. 1 und 2 SGG).

Erstellt am: 20.09.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024